

# Hintergrundbericht

**GLENCORE XSTRATA am Pranger wegen  
Komplizenschaft bei Misshandlungen und  
Folterungen in einem peruanischen Bergbaucamp**

## Executive Summary

Ende Mai 2012 eskalierte in der peruanischen Andenprovinz Espinar ein langjähriger Konflikt zwischen Vertreter/innen lokaler Bauerngemeinschaften und dem Bergbauunternehmen Xstrata Tintaya, Tochterunternehmen des Schweizer Konzerns Glencore Xstrata Plc. Dieser ging aus der Fusion von Xstrata und Glencore hervor. Die lokalen Dorfgemeinschaften und die städtische Bevölkerung von Espinar trafen vor dem Eingang der Kupfermine Tintaya trotz den zunächst friedlich verlaufenden Protesten auf ein Heer von rund 2000 Polizisten. Die Beamten hatten sich auf Verlangen von Xstrata Tintaya vor den Toren der Mine aufgestellt und folgten damit den Vertragsvereinbarungen, die die Polizei vor Jahren mit dem Unternehmen eingegangen ist.<sup>8</sup> Die Bevölkerung und die Provinzregierung forderten seit Monaten von Xstrata Tintaya eine unabhängige Studie, die abklären sollte, woher die vorgefundenen Schwermetallbelastungen in Gewässern, Böden, Urin und Blutproben der lokalen Bevölkerung stammt.<sup>9</sup> Durch den Protest wollte die Zivilbevölkerung Xstrata Tintaya zum Handeln bewegen. Statt seiner Sorgfaltspflicht nachzugehen, verweigerte das Unternehmen den Dialog und entschied sich dafür, die unter Vertrag genommene Polizei herbeizurufen. Die Situation eskalierte am siebten Streiktag. Drei Zivilpersonen<sup>10</sup> verloren ihr Leben und es gab über 100 Verletzte auf beiden Seiten. Der Fall sorgte auch international für Schlagzeilen.<sup>11</sup>

Was sich der internationalen Presse jedoch entzog, ist die Tatsache, dass der Bergbaucampus von Xstrata Tintaya während der gewaltvollen Eskalation des Konfliktes als illegales Gefangenenlager der Polizei benutzt wurde.<sup>12</sup> 23 Menschen wurden ohne Vorweis eines Haftbefehls gefangen gehalten, einige wurden physisch wie auch psychisch misshandelt, gefoltert und zu Falschaussagen gezwungen.<sup>13</sup> Die vom Unternehmen unter Vertrag genommene Polizei unternahm laut Angaben von Zeugenaussagen<sup>14</sup> mehrere Versuche, Gefangene dazu zu bringen, den Bürgermeister der Provinz – ein bekannter Bergbaukritiker - für den Konflikt verantwortlich zu machen und des Terrorismus zu beschuldigen. Xstrata Tintaya hat während des Konflikts in keinem Augenblick den Versuch unternommen, die Verletzung grundlegender Menschenrechte in ihrem Bergbaucampus zu unterbinden. Vielmehr hat das Unternehmen der Polizei sämtliche Infrastruktur zur Verfügung gestellt.

Aufgrund der vorhandenen Dokumente wirft MultiWatch Xstrata Tintaya Komplizenschaft bei den vorgefallenen Menschenrechtsverletzungen vor. Das Unternehmen hat durch die Verweigerung des Dialogs die Eskalation des Konfliktes in Espinar in Kauf genommen und seine Sorgfaltspflicht nicht angemessen wahrgenommen. Die vorgefallenen Menschenrechtsverletzungen zeigen, dass das Mutterhaus entgegen seiner Absichtserklärungen in der „corporate policy“ nicht gewährleisten kann, dass seine Tochterunternehmen im Sinne der internationalen Abkommen zum Schutz der Menschenrechte, welche Xstrata auf freiwilliger Basis unterzeichnet hat, handeln.

Am 21. Mai 2013 ist der Jahrestag der Proteste in Espinar. Aufgrund der nach wie vor bestehenden Konfliktsituation besteht die Gefahr neuer Unruhen vor den Toren der Kupfermine Xstrata Tintaya.

Aufgrund der geschilderten Vorfälle und der Tatsache, dass keine unabhängige Untersuchung zur Prüfung der Geschehnisse im Bergbaucampus eingeleitet wurde, befürchtet MultiWatch, dass Glencore Xstrata Plc keine Anstrengungen unternimmt, um zukünftige Verstöße gegen die Menschenrechte der Bergbaukritiker/innen zu verhindern.

<sup>8</sup> Vertrag zwischen Xstrata Tintaya und Polizei (PNP) (2002), Kopie vom 17/10/2011 (Dokumentation einsehbar bei MultiWatch)

<sup>9</sup> Der Bürgermeister der Provinz von Espinar, Oscar Mollohuanca, nahm sogar zusammen mit MultiWatch an der Generalversammlung von Xstrata, am 1. Mai 2012 teil, und informierte über die bestehenden Ängste und den bevorstehenden Protest zu dem die sozialen Basisorganisationen im März 2012 aufrufen (Dokumentation einsehbar bei MultiWatch)

<sup>10</sup> Die dritte Person verstarb im August 2012, an den Folgen ihrer Schussverletzung.

<sup>11</sup> <http://www.tagesschau.sf.tv/Nachrichten/Archiv/2012/05/29/International/Tote-bei-Protest-gegen-Schweizer-Xstrata> (29/5/2012)

<sup>12</sup> Akte des Innenministeriums von Peru, das bestätigt, dass nie ein Befehl erteilt wurde ein Gefangenenlager auf dem Bergbaucampus zu installieren (1/6/2012) (Dokumentation einsehbar bei MultiWatch).

<sup>13</sup> Briefkorrespondenz zwischen Partnerorganisationen vor Ort und MultiWatch & Akte: Zeugenaussagen der Inhaftierten im Gefangenenlager im Bergbaucamp von Xstrata Tintaya, Espinar, Peru 28-29/5/2012. (Dokumentation einsehbar bei MultiWatch)

<sup>14</sup> Zeugenaussage auf Video aus dem Archiv der Peruanischen Koordinationsstelle für Menschenrechte (6/2012) (Dokumentation einsehbar bei MultiWatch)

**Organisation die den Fall aus der Schweiz beobachtet:**

<b>Name und Hauptsitz</b>	MultiWatch, Postfach, 3097 Liebefeld <a href="http://www.multiwatch.ch">www.multiwatch.ch</a>
Kontaktpersonen für weitere Angaben	Golda Fuentes, <a href="mailto:golda.fuentes@multiwatch.ch">golda.fuentes@multiwatch.ch</a> 076 507 84 20

**Kurzbeschreibung von Glencore Xstrata Plc.:**

<b>Vorsitzender</b>	Mr. Tony Hayward
<b>CEO/Direktor</b>	Mr. Ivan Glasenberg
<b>Branche/Tätigkeitsbereich<sup>8</sup></b>	Bergbau-, Petrol- und Agroindustrie sowie Rohstoffhandel
<b>Kerndaten zur Infrastruktur des Konzerns<sup>8</sup></b>	Arbeitet in über 50 Ländern Mehr als 90 Geschäftsstellen, über 150 Bergbau-, Petrol und Agrounternehmen
<b>Umsatz/EBIT 2012<sup>15</sup></b>	236 Milliarden US\$ / 8.1 Milliarden US\$
<b>Anzahl Mitarbeitende<sup>8</sup></b>	Rund 190`000 MitarbeiterInnen (inkl. Auftragnehmer)
<b>Firmenhauptsitz</b>	Glencore Xstrata plc. Baarerstattstrasse 3 CH-6340 Baar

**Von Glencore Xstrata Plc. eingegangene Soft-Law-Verpflichtungen:**

<b>Vereinbarungen und Verpflichtungen gemäss Corporate Business Principles</b>	- Global Reporting Initiative - UN Declaration of Human Rights
--	---

**Von Xstrata Plc. eingegangene Soft-Law-Verpflichtungen vor der Fusion mit Glencore:**

<b>Vereinbarungen und Verpflichtungen gemäss Corporate Business Principles</b>	- Mitglied des UN Global Compact (3/2006) - Voluntary Principles on Security and Human Rights (3/2013) - The International Council on Mining and Metals (ICMM) sustainability principles and guidelines - UN Declaration of Human Rights - Global Reporting Initiative - ISO 31000, ISO 14001 und OHSAS 18001 - OECD Guidelines für Multinationale Konzerne - Dreigliedrige Grundsatzklärung über multinationale Unternehmen und Sozialpolitik
--	---

<sup>15</sup> Glencore Xstrata Factsheet: <http://www.glencorexstratapl.com/about-us/at-a-glance/> (5.2013)

## Einleitung

Das Recht eines Menschen auf Leben und körperliche Unversehrtheit gehört zu den fundamentalen Menschenrechten.<sup>16</sup>

In einem Länderkontext wo Menschen ihr Zusammenleben an der Seite eines transnationalen Bergbauunternehmens organisieren müssen, das nahezu selbstreguliert wirtschaften darf, werden oftmals eine ganze Reihe von Konflikten registriert und Menschenrechte nicht immer respektiert.

Das trifft auch im vorliegenden Fallbeispiel zu:

30 Jahre Zusammenleben mit der Bergbauindustrie haben die EinwohnerInnen der peruanischen Andenprovinz Espinar vor neue soziale, ökologische, wirtschaftliche und politische Herausforderungen gestellt. Dorfgemeinschaften erleben soziale Spaltungen, die Provinz leidet unter starker Wasserknappheit, Menschen berichten seit Jahren von zunehmender Tiersterblichkeit und die Lebenskosten in der ländlichen Gegend sind derart in die Höhe geschneit, dass die Menschen bei der Sicherung des Lebensunterhalts vor grösste Probleme gestellt sind. Das sind einige Konflikte, die den Alltag der Einwohner der Provinz Espinar prägen und in engem Zusammenhang mit der Präsenz der transnationalen Bergbauindustrie stehen. Die Präsenz eines transnational tätigen Unternehmens hat in vorliegendem Fall auch zu einer gefährlichen Machtkonzentrationen geführt, weil das Unternehmen viel Sicherheitspersonal unter Vertrag genommen hat. Das wirkt sich nicht nur negativ auf die körperlichen und psychischen Integrität der Bevölkerung aus, sondern es droht die Etablierung parastaatlicher Strukturen, welche die Demokratie langfristig untergräbt.

Der vorliegende Hintergrundbericht problematisiert die Zusammenarbeit zwischen dem staatlichen Sicherheitsorganen und dem Bergbauunternehmen während der sozialen Mobilisierung vom Mai 2012 in der Andenprovinz Espinar. Der Bericht zeigt auf, wie es in diesem Zusammenhang zur Verletzung fundamentaler Menschenrechte auf dem Bergbaucampus von Xstrata Tintaya gekommen ist – Tochterunternehmen der Schweizerischen Glencore Xstrata Plc. Der Verein MultiWatch beobachtet die Situation in Espinar bereits seit Dezember 2011 mit zunehmender Sorge und ist diesbezüglich sowohl vor der Eskalation des Konfliktes wie danach in der Schweiz in Aktion getreten. Im Bericht wird die Rolle des Bergbauunternehmens während des Konfliktes kritisiert. MultiWatch bezichtigt das Unternehmen der Komplizenschaft, aufgrund der nicht umfassend wahrgenommenen Sorgfaltspflicht.

### Definition von «Komplizenschaft»

Bei der Verwendung des Begriffs Komplizenschaft orientiert sich MultiWatch an den Definitionen der Multistakeholder-Initiative „Voluntary Principles on Security and Human Rights“ (VPs) und der des „UN-Global Compact“.<sup>17</sup>

Demnach bezieht sich Komplizenschaft auf die indirekte Beteiligung von Unternehmen an Menschenrechtsverletzungen. Komplizenschaft kann vorliegen wenn ein Unternehmen um eine Menschenrechtsverletzung die stattfindet bescheid weiss, sie jedoch nicht selber ausführt. Um zu

---

<sup>16</sup> Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte 1966: <http://www.ohchr.org/EN/ProfessionalInterest/Pages/CCPR.aspx> (4.2013)

<sup>17</sup> UN Global Compact: <http://www.unglobalcompact.org/AboutTheGC/TheTenPrinciples/Principle2.html> & Voluntary Principles on Security and Human Rights - Implementation Guidance tools (2011: 23): <http://www.voluntaryprinciples.org/resources/> (4.2013)

verhindern, dass Unternehmen der Komplizenschaft bezichtigt werden, besteht die Möglichkeit eine umfassende Sorgfaltspflicht anzuwenden. So muss ein Unternehmen nach Auffassung des UN Global Compact aktiv dafür sorgen, dass es sich nicht der Komplizenschaft verantwortlich machen kann indem es z.B. Risikoanalysen anfertigen lässt und ein Risikomanagement betreibt.

Der UN Global Compact unterscheidet drei Formen von Komplizenschaft. Diese sind:

1. Direkte Komplizenschaft: Diese liegt vor, wenn ein Unternehmen aktiv und wissentlich mit einem Akteur zusammenarbeitet, der Menschenrechte verletzt. Beispiel: Durch die Lieferung von Gütern oder Dienstleistungen welche schliesslich zur Verletzung von Menschenrechten dienen.
2. Nutzniessende Komplizenschaft: Diese liegt vor, wenn ein Unternehmen aus Menschenrechtsverletzungen einen Nutzen zieht. Dies ist auch der Fall, wenn das Unternehmen nicht selbst dazu beiträgt, dass die Menschenrechtsverletzungen zustande kommen oder diese gar selber begeht.
3. Stille Komplizenschaft: Diese liegt vor, wenn das Unternehmen angesichts von systematisch oder andauernd stattfindenden Menschenrechtsverletzungen stillschweigen bewahrt.

Die Initiative der VPs geht im Zusammenhang mit Komplizenschaft, welche aus der Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und dem Sicherheitsdienst der extraktiven Industrie hervorgehen kann, sogar noch einen Schritt weiter. So hat die Initiative eine detaillierte Vorlage für ein Human Rights Impact Assessment erarbeitet, das Unternehmen dabei helfen kann Risiken abzuschätzen. Dies soll verhindern, dass Menschenrechte in Konfliktsituationen verletzt werden und Unternehmen als Komplizen figurieren.<sup>17</sup>

## 1. Bergbau in Peru

Peru verfügt über eine hohe Biodiversität, beherbergt wichtige Flussquellen die in das brasilianische Amazonasbecken münden und verfügt über viele Bodenschätze. Neben Mineralien wie Kupfer, Gold, und Zink werden auch Silber und Blei gefördert. Im Rahmen der Strukturanpassungsprogramme des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank wurden die politischen Rahmenbedingungen für ausländische Investitionen in Peru stark auf die Interessen der Wirtschaft ausgerichtet, Bergbauinvestoren wurde grosszügiger Investitionsschutz gewährt. Das hat dazu geführt, dass Peru in den letzten 20 Jahre zu einem wichtigen Standort für die Bergbauindustrie geworden ist. Waren 1992 rund 2,3 Millionen ha Land für Bergbauprojekte konzessioniert, sind es 2012 bereits rund 26 Millionen ha.<sup>18</sup> Peru ist heute der weltweit zweitgrösste Kupfer- und Silberproduzent, der drittgrösster Zinn und Zinkproduzent und sechstgrössten Goldproduzent der Welt.<sup>19</sup> Der Reichtum an den weltweit nachgefragten Mineralien und die wirtschaftsfreundlichen Rahmenbedingungen, haben Peru in der Zwischenzeit (2013) zur weltweit fünftbeliebtesten Destination für Investitionen in Bergbauprojekte verwandelt.<sup>20</sup>

Zwischen der Wirtschaftsentwicklung auf der einen und der ökologischen sowie sozialen Entwicklung des Landes auf der anderen Seite gibt es jedoch grosse Diskrepanzen. Der rasche Ausbau des Bergbaus führte

<sup>18</sup> vgl. <http://www.cooperacion.org.pe/cooperacion-informa/cooperacion-presenta-su-qttercer-informe-nacional-de-concesiones-mineras-en-el-peru-2012q.html> (4.2013)

<sup>19</sup> vgl. <http://www.proinversion.gob.pe/0/0/modulos/JER/PlantillaSectorHijo.aspx?ARE=0&PFL=0&JER=6034> (4.2013)

<sup>20</sup> vgl. <http://www.larepublica.pe/09-05-2013/peru-sera-el-quinto-pais-en-inversiones-mineras-este-2013> (4.2013)

zu einem starken Wirtschaftswachstum. Gleichzeitig hat diese Entwicklung aber auch neue Konflikte und Menschenrechtsverletzungen nach sich gezogen. Gemeinden und Regionen, die aufgrund ihrer Rohstoffvorkommen mit der meist transnationalen Bergbauindustrie zusammenleben müssen, sind überdurchschnittlich oft von sozialen und ökologischen Konflikten betroffen. Wie der peruanische Ombudsmann in seinen monatlich erscheinenden Berichten bekannt gibt, wurden im März 2013 insgesamt 224 Konflikte registriert. Davon sind 108 sozio-ökologische Konflikte, die im Zusammenhang mit der Bergbauindustrie stehen.<sup>21</sup>

Wo transnationale Bergbauunternehmen zu schürfen beginnen, treten sie in Konkurrenz mit den Lebensformen und -strategien der meist ländlichen Bevölkerung. Wasser- und Bodenressourcen werden von den verschiedenen Akteuren gleichzeitig und unterschiedlich intensiv beansprucht.

Ein weiterer Faktor für die Zunahme der sozialen Konflikte ist, dass der Staat bisher seiner Pflicht, die BürgerInnen zu schützen, zu wenig nach gekommen ist und er den Bergbauunternehmen erlaubt, praktisch selbstreguliert zu wirtschaften.

Ämter wie das Ministerium für Umwelt oder das peruanische Wasseramt, existieren erst seit dem Jahre 2008. Diese Fachstellen für Umwelt- und Wasseranliegen verfügen jedoch bisher nicht über ausreichend Autonomie und Handlungsbefugnis um die Bergbaupolitik des Ministeriums für Bergbau und Energie mitzubestimmen. Hinzu kommt, dass der normative Rahmen für Schwermetallgrenzwerte in Gewässer nur zögerlich verschärft und mit Ausnahmeklauseln oder Übergangsfristen versehen wurde. Diese erlauben Unternehmen zum Teil während Jahren gesundheitsschädigende Schwermetalle in die Umwelt rauszulassen, bevor entsprechende Emissionminderungsmaßnahmen umgesetzt sein müssen.

Hinsichtlich des Aspektes der menschlichen Sicherheit zeigt sich die Strukturschwäche des Staates darin, dass die peruanische Gesetzgebung die Zusammenarbeit zwischen Polizei, Militär und Bergbauunternehmen gesetzlich erlaubt. Das führt zu Interessenskonflikten bei der Polizei, die einerseits ihrer Schutzpflicht für die Bevölkerung nachkommen sollte, und andererseits jederzeit von Bergbauunternehmen in Dienst gerufen werden können.

### **1.1. Verträge zwischen Bergbauunternehmen und der peruanischen Polizei**

Die peruanische Wochenzeitung „Hildebrandt en sus trece“ publizierte am 12. April 2013 einen Artikel indem er die peruanische Polizei als neue „Söldner“ der Bergbauunternehmen betitelt. Die Existenz dieser Verträge ist zwar legal, aufgrund der Vertraulichkeitsklausel, die viele dieser Verträge beinhalten, wurden die brisanten Inhalte jedoch erst kürzlich bekannt.

So sind Details von 13 Verträgen zwischen transnationalen Bergbauunternehmen und der Polizei öffentlich geworden. Aus einer menschenrechtlichen Perspektive sind alle äusserst heikel. Zum einen weil staatliche Beamte zeitweise in privaten Diensten stehen, andererseits weil die Bergbauunternehmen die Polizei teilweise mit Fahrzeugen und Ausrüstung ausstatten und dem Polizeipersonal besondere Dienstleistungen offerieren. Zum Beispiel privater Rechtsschutz und Dienstreisen nach Lima u.a. (Zeitungsbericht Hildebrandt en sus trece 12/4/2013).

---

<sup>21</sup> vgl. <http://www.defensoria.gob.pe/conflictos-sociales/home.php> (5.2013)

**Auch Unternehmen mit Sitz in der Schweiz profitieren**

Auch Unternehmen mit Schweizer Sitz, ziehen aus diesem Vertragsverhältnis zwischen Polizei und Bergbauunternehmen einen Nutzen. Soziale Proteste werden gewaltsam niedergeschlagen und Menschen erschossen, während die Bergbauaktivitäten ungestört voranschreiten können.

Letztes Jahr verstarben 8 Menschen um die Bergbauprojekte Yanacocha in Cajamarca und Xstrata Tintaya in Espinar. Das Unternehmen Yanacocha beliefert die Schweizer Goldaffinerie Valcambi mit 70-90% ihrer jährlichen Goldproduktion, währenddessen das Schweizer Unternehmen Glencore Xstrata im Besitz des Kupferprojektes Tintaya ist.

Die peruanische Koordinationsstelle für Menschenrechte hat seit dem Amtsantritt von Ollanta Humala (Juli 2011) bei gewalttätigen Zusammenstössen zwischen Protestierenden und der Polizei 24 Tote und 649 Verletzte registriert.<sup>22</sup> Die Mehrheit der Opfer wurde im Zusammenhang mit sozialen Konflikten rund um die Schürffelder von Bergbauunternehmen verzeichnet.

Die peruanische Dachorganisation für Menschenrechtsorganisationen hat in diesem Zusammenhang im März 2013 eine Beschwerde vor dem interamerikanischen Gerichtshof

präsentiert. Darin wird der peruanische Staat beschuldigt die „Privatisierung der Polizei“ zu erlauben und damit eine eigentliche Strategie der „Kriminalisierung des sozialen Protestes“ zu verfolgen, um seine Bergbaupolitik zu schützen.<sup>22</sup>

## 2. Wirtschaft und Menschenrechte

In vielen Entwicklungs- und Schwellenländern nehmen die Staaten die Pflicht, die Menschenrechte ihrer Bürgerinnen und Bürger gegenüber Wirtschaftsunternehmen zu schützen nicht oder nur unangemessen wahr. Der fehlende Schutz, schwache staatliche Strukturen oder fehlende gesetzliche Regulierungen, beispielsweise im Umweltbereich, können von Wirtschaftsunternehmen gezielt ausgenutzt werden. So kommt es immer wieder vor, dass Unternehmen durch ihre wasser- und chemieintensive Tätigkeit zur Austrocknung oder Verschmutzung von Wasserquellen beitragen. So verliert die Bevölkerung ihren Zugang zu genügend Wasser.

Vor diesem Hintergrund hat der UN-Sonderbeauftragte für Menschenrechte und transnationale Unternehmen, John Ruggie, die «UN-Leitlinien für Unternehmen und Menschenrechte» ausgearbeitet. Diese verpflichten nicht nur Staaten, die Menschenrechte der Bürgerinnen und Bürger zu schützen, sondern die Leitlinien verlangen auch von Wirtschaftsunternehmen, dass diese die Menschenrechte respektieren – unabhängig von ihrer Grösse und überall auf der Welt.

John Ruggie hält fest, dass Unternehmen grundsätzlich alle Menschenrechte verletzen können. Unternehmen sind daher nicht nur verpflichtet alle Menschenrechte zu respektieren, sondern sollen auch eine erhöhte Sorgfaltspflicht anwenden, um zu verhindern, dass ihr Tun Menschenrechte verletzt oder zur Verletzung von Menschenrechten beiträgt. Das gilt besonders in Ländern welche über eine schwache oder noch nicht gefestigte Staatsstruktur verfügen.<sup>23</sup>

In einem so fragilen sozio-politischen Kontext wie er zum Beispiel in Peru vorliegt, sind Unternehmen gefordert eine erhöhte Sorgfaltspflicht anzuwenden. Eine Meinung, die auch der Bund in seinem erst kürzlich veröffentlichten Grundlagenbericht zu Rohstoffen festhält.<sup>24</sup>

<sup>22</sup> vgl. <http://derechoshumanos.pe/2013/03/roocio-silva-santisteban-advierde-en-la-cidh-se-esta-privatizando-la-policia-nacional-del-peru/> (5.2013)

<sup>23</sup> Vgl. UN- Guiding Principles on Business and Human Rights 2011. P: 3-26.

<sup>24</sup> vgl. <http://www.eda.admin.ch/eda/de/home/recent/dossie/rohsto.html> (5.2013)

Die Leitsätze der Initiative „Voluntary Principles on Security and Human Rights“ ist eine unter vielen freiwilligen Initiativen, welche den Fokus auf den Schutz und die Förderung der Menschenrechte im Spannungsfeld zwischen Wirtschaft, Gesellschaft und Sicherheitskräften legt. Die Initiative zielt zusammenfassend auf die Entwicklung einer umfassenden Politik der Sorgfaltspflicht, was Risikomanagementpläne, sowie ein ausführliches Reporting über die Sorgfaltspflicht, Menschenrechte und Community Relations sowie Umweltschutzmassnahmen umfasst.

Die Initiative bietet erste wichtige Ansätze zum besseren Verständnis der Menschenrechtssituation vor Ort an. Dies kann dazu beitragen, dass Unternehmen ihre Sorgfaltspflicht besser wahrnehmen. Zu kritisieren sind aber fehlende Beschwerde- und Überprüfungsmechanismen und die mangelnde Transparenz. Zwar geben die Voluntary Principles eine Vorlage für ein Human Rights Impact Assessment vor. Dieses dient aber lediglich der unternehmensinternen Berichterstattung. Der Zivilgesellschaft wird die Möglichkeit verwehrt, Einwände vorzubringen und sich aktiv am Prozess der Risikoabschätzung und –planung zu beteiligen.

Das vorliegende Fallbeispiel zeigt, dass Dialog und Freiwilligkeit nicht vor gewaltsamen Übergriffen schützen. Die Regulierungen der Wirtschaft ist wie auch das vorliegende Beispiel zeit nötig, damit Unternehmen rechenschaftspflichtig werden und Opfern einen Zugang zur Justiz im Herkunftsland des Unternehmens ermöglicht wird.

### 3. Methodik

Der vorliegende Bericht beruht auf einer Auswertung von Informationen aus den folgenden Quellen:

- Dem Vertrag zwischen der peruanischen Polizei und Xstrata Tintaya
- Amtlicher Zeugenaussagen von Zivilisten/innen, die während der Eskalation des Konfliktes auf dem Bergbaucampus festgehalten wurden
- Akten des Innenministeriums
- Korrespondenz zwischen MultiWatch und Xstrata
- Korrespondenz zwischen MultiWatch und NGOs und kirchlichen Organisationen, die den Fall begleiten
- Informellen Gesprächen mit Angestellten der peruanischen Polizei, durchgeführt im September 2012
- Gesprächen mit lokalen Behörden und Mitgliedern der Zivilbevölkerung von Espinar, durchgeführt in Januar und September 2012 während der Feldbesuche
- Peruanischen Medienberichten
- Stellungnahmen von Xstrata

Diese Quellen wurden aufgrund ihrer Qualität und Relevanz für das Thema gewählt.

MultiWatch erhielt Zugang zu den aufgeführten Daten aufgrund des regelmässigen Austausches mit Mitarbeiter/innen von lokalen kirchlichen Organisationen und Nichtregierungsorganisationen, sowie der nationalen Koordinationsstelle für Menschenrechte in Peru.



#### 4. Chronik eines blutig endenden Konfliktes vor den Toren von Xstrata Tintaya in Espinar, Peru, 21 - 30. Mai 2012

Die Forderungen nach der Durchführung einer unabhängigen Umweltstudie zur Abklärung der vorgefundenen Schwermetallbelastungen in Gewässer, Böden, Urin und Blut der Bevölkerung hatte die Menschen in Espinar am 21. Mai vor die Tore der Mine bewegt.

Nachdem der Bürgermeister der Andenprovinz Espinar bereits im November 2011 eine Strafanzeige wegen Umweltverschmutzung gegen Xstrata Tintaya eingereicht hatte, folgte im April 2012 eine Zivilklage zum Schutz der Bürgerrechte, eingereicht durch Vertreter/innen der Zivilgesellschaft der ländlichen Andenprovinz.<sup>25</sup> Beide Anzeigen verlangen Abklärungen durch eine unparteiische Instanz, um Gewissheit darüber zu haben ob die Schürftaktivitäten von Xstrata Tintaya für die vorgefundenen Schwermetallbelastungen verantwortlich sind. Die Bevölkerung verlangte nach einer Erklärung für die in den letzten Jahren vielfach beobachteten Fehl- und Missgeburten bei den Viehherden der umliegenden Kleinbauernfamilien.<sup>26</sup>

Während Monaten forderte die aktive Zivilgesellschaft an der Seite des Bürgermeisters der Provinz Espinar Xstrata Tintaya mehrfach zum Dialog auf. Es kam zu keinem verbindlichen Treffen zwischen Unternehmen und Bevölkerung und somit auch nicht zu einer verbindlichen Vereinbarung, die zur Aufklärung der gesundheitsschädigenden Umweltverschmutzung hätte beitragen können.



Abb.1. Eingangsbereich zu Tintaya Marquiri 24/5/2012; Foto: Vicaría de Solidaridad von Sicuani (Peru)

<sup>25</sup> Strafanzeige und Zivilklage einsehbar unter: <http://www.multiwatch.ch/de/p97001103.html> (4.2013)

<sup>26</sup> Strafanzeige (2011: 1-10), eingereicht bei der Staatsanwaltschaft für Umwelt in Cusco, Peru, am 24/11/2011 und Zivilklage (2012: 1-2) eingereicht beim Landgericht in Cusco, Peru, am 10/4/2012



**Abb.2 Demonstrierende vor dem Eingang der Mine Xstrata Tintaya. 24/5/2012 Foto: ebd.**

Auf der Basis einer vertraglichen Vereinbarung und auf Gesuch des Unternehmens hin hatte sich seit dem 21. Mai die Polizei vor dem Eingangsbereich des Kupfertagebaus von Xstrata Tintaya aufgestellt mit der Absicht, die Bergbauaktivitäten vor dem angekündigten Streik abzuschirmen. Im Zuge der mehrtägigen Proteste kam es zu schweren Zusammenstößen, bei denen die Polizei neben dem Einsatz von Schlagstöcken, Tränengas und Gummischrot auch mit Scharfschussmunition auf die Streikenden schoss. Das aggressive Vorgehen, das ebenso mit Gewalt von Seiten der Bevölkerung beantwortet wurde und zu dramatischen Szenen führte, hatte insgesamt drei Todesopfer durch Schussverletzungen und über 100 Verletzte – darunter Streikende wie auch Polizisten – zur Folge. Während sich Polizisten und Zivilbevölkerung im Verlauf vom 28. Mai um die Kupferproduktionsstätte von Xstrata eine blutige Auseinandersetzung lieferten, wurden wenige Kilometer entfernt auf dem Firmengelände ein Gefangenenerlager eingerichtet.



**Abb.3. Aufnahme der sich einfindenden Polizeieinheit auf dem Bergbaucampus Tintaya im Mai 2012; Foto: ebd.**

Was die in Dienstnahme des öffentlichen Dienstes in einer eskalierten Konfliktsituation für die Wahrung der Bürgerrechte bedeutet, sollten am selben Tag rund 23 Inhaftierte erfahren – darunter drei Frauen, ein

Jugendlicher und Menschenrechtsaktivisten des katholischen Vikariats von Sicuani (Nachbarort von Espinar). Sie alle wurden ohne Vorweisung eines Haftbefehls gefangen genommen und im Bergbaucampus fest gehalten.<sup>27</sup> Berichte von Misshandlungen und Folterungen der 23 Gefangenen liegen MultiWatch vor.<sup>28</sup> Die eingesehenen Dokumente sprechen von erzwingen von Falschaussagen. Der bergbaukritische Bürgermeister des Terrorismus zu beschuldigen und den lokalen Protestbewegungen jegliche Legitimität zu entziehen.

*Die Polizei versperrte uns die Strasse. Und dann stellte sich einer vor mich, währenddessen ein anderer mit seiner Pistole auf mich zielte. Beide beschimpften und beleidigten mich [...]. Wir haben die Polizei immer in ihrer Arbeit unterstützt aber sie haben das [in diesem Moment] mit Faustschlägen und Ohrfeigen erwidert. [...]. Während der Fahrt verpassten sie uns Fusstritte, schütteten uns Benzin über Gesicht und Körper und ich erhielt Kolbenschläge in den Nacken damit ich das Bewusstsein verliere. Dann erreichten wir schliesslich das Polizeikommissariat Tintaya [auf dem Bergbaucampus]. [...].*

*Dann holten sie einen Sack mit etwa acht Molotowcocktails, Steinen, Ketten und Scharfschussmunition heraus – aus ihrem eigenen Munitionslager – und durchsuchten mich. Dann drückten sie mir zwei Flaschen in die Hand, fingen an mich zu filmen und fragten wer mir diese Flaschen [Molotowcocktails] gegeben hat. „Es war dein Bürgermeister, nicht wahr“ behaupteten die Polizisten. Darauf erwiderte ich, davon hätte ich keine Kenntnis und dann fragten sie: „wie gelangen diese Gegenstände in deine Hand? [...]. Das sind deine Flaschen!“ Ich sagte: „Nein, das sind nicht meine Flaschen, ich habe keine Kenntnis über diese Flaschen.“ Das ging etwa 40 Min. so hin und her. [...]. Die wollten uns beschuldigen, dass wir diese [Molotowcocktails] fabriziert hätten bzw. dass wir gesandt wurden um diese den Streikenden zu übergeben. Das ist eine Lüge. [...]. Einer hat doch Vertrauen in die Polizei, weil es eine Autorität ist. Da geht man doch davon aus, dass sie nach Gesetz handeln. Das sind doch Professionelle. Aber sie handeln leider nicht danach. Entweder haben sie eigenmächtig gehandelt oder die Befehle kamen vom Bergbauunternehmen, das sie unterstützt.*

- 30-5-2012: Zeugenaussage eines Mitarbeiters der lokalen Bürgerwehr-Polizei Serenazgo

*„Ich wurde vor dem Wächterhäuschen im Eingangsbereich der Mine festgenommen [...] rund 20 Polizisten zielten mit ihren Pistolen auf mich. Mit dem Lauf einer Pistole an meinen Kopf gedrückt, öffneten sie mir die Türe und ich stieg aus dem Fahrzeug aus. Dann schlugen sie mich mit ihrem Polizeistock, traten mich und gaben mir Faustschläge. [...] dann schlugen sie mich erneut und beschimpften mich ich sei ein Terrorist [...], sie rissen mir meinen Bart und Teile meiner Haare weg. Als wir im Quartier der Polizei [Bergbaucampus von Xstrata Tintaya] eintrafen beschimpften sie mich erneut und drohten mich zu töten und meinen Kopf als Fussball zu benutzen [...] dann wuschen sie mir das blutige Gesicht. Ich kam auf freiwilliger Basis zum Bergbaucamp, weil ich feststellen wollte wer die Gefangenen sind, um die Familienangehörigen zu informieren [...]“.*

[29-5-2012; 4:00a.m. Akte unterzeichnet im Bergbaucamp von Xstrata Tintaya durch die festgehaltene Person Wilbert Usca Huamasi\* und dem Zuständigen der Peruanischen Polizei PNP] \*Name geändert

<sup>27</sup> Zeugenaussagen der Inhaftierten vom 28. & 29/5/2012

<sup>28</sup> Briefkorrespondenz zwischen der Vicaria de Solidaridad de Sicuani und MultiWatch & Akte: Zeugenaussagen der Inhaftierten im Gefangenenlager im Bergbaucamp von Xstrata Tintaya, Espinar, Peru 28/29.5.2012 & Zeugenaussage Bürgerwehr Serenazgo.



Dass der Bergbaucampus von Xstrata Tintaya im eskalierten Konflikt als Gefangenenlager figurierte, erwies sich schnell als Tatsache, zu der die Unternehmensspitze in Europa keine Stellungnahme abgeben wollte.<sup>29</sup> Zu delikatschien die Angelegenheit und zu unsicher das vorhandene Wissen über die Vertragsdetails innerhalb der Firmenleitung, die von Europa aus die Geschehnisse in Espinar verfolgten.

„Das Bergbaucamp hat in keinem Augenblick als illegales Gefangenenlager gedient“ - erklärte Xstrata Peru dann MultiWatch in einem Antwortschreiben vom 29. Juni und versuchte damit von der Tatsache abzulenken, dass zwischen peruanischer Polizei und Xstrata Tintaya seit Jahren ein Vertrag besteht, der die Zusammenarbeit zwischen Bergbauunternehmen und Polizei vertraglich regelt.<sup>30,31</sup>



Abb.4. Aufnahme Ideele Peru<sup>32</sup> [www.revistaideele.com](http://www.revistaideele.com)

Neben der direkten Bezahlung von vollständig ausgerüsteten Polizeikräften, deckt der Vertrag Transportkosten, stellt Schlafplätze zur Verfügung und gewährt die Nahrungsversorgung. Die Verantwortung, laut Vertrag der Polizeitruppe, liegt bei einem Polizeikommandanten.

Besonders interessant am Vertragsverhältnis ist, dass dem Bergbauunternehmen zusätzlich zwei Agenten der regionalen Sondereinheit für Nachrichtendienst zur Verfügung stehen. Damit sind zwei Agenten des regionalen Nachrichtendienstes damit beauftragt, dem Unternehmen Informationen über die sicherheitspolitische Lage der Provinz zu beschaffen und zu analysieren.

<sup>29</sup> Brief von MultiWatch an Xstrata vom 19/6/2012

<sup>30</sup> Vertrag zwischen Xstrata Tintaya und Polizei (PNP) (2002), Kopie vom 17/10/2011 & Kopie Bestätigungsschreiben der PNP über das Vertragsverhältnis vom 9/8/2012

<sup>31</sup> Antwortschreiben von Xstrata Peru an MultiWatch vom 29/6/2012 & Antwort des Vorstandes von Xstrata Plc. auf die Intervention von MultiWatch anlässlich der ausserordentlichen GV vom 7/9/2012 in Zug, Schweiz 7/9/2012

<sup>32</sup> <http://www.revistaideele.com/ideele/content/espinar-%C2%A1di%C3%A1logo-urgente> (24/3/2013)

### VERTRAG ZWISCHEN XSTRATA TINTAYA UND POLIZEI

- Vertrag besteht seit dem 17/2/2000
- Polizisten im Einsatz müssen über Kurz- und Langstreckenwaffen mit Scharfschussmunition, sowie Schutzkleidung verfügen
- Bezahlung: rund 320 US\$/ 14- Tageinsatz pro Polizist (Transport, Kost und Logis wird auch übernommen)
- Mindestens 10 Polizisten (im Turnus) werden permanent damit beauftragt Sicherheits- und Wachdienst zu leisten
- 1 zusätzlicher Polizist ist seit 12/2001 beauftragt, das Chemielager des Bergbauunternehmens zu überwachen
- 2 Agenten des regionalen Nachrichtendienstes sind seit dem 1/2002 damit beauftragt, Aufklärungsarbeit für das Bergbauunternehmen zu leisten (haben de facto Geheimdienstfunktionen)
- Zusätzliches Polizeipersonal kann jederzeit zum Einsatz berufen werden

Quelle: Kopie Vertrag zwischen Xstrata und der peruanischen Polizei

De facto ist der bestehende Vertrag zwischen den zwei Parteien so ausgelegt, dass der staatliche Ordnungsdienst zeitweise im Sinne der Privatinteressen handeln muss. Was aus menschenrechtlicher Perspektive untragbar ist. Die eigentliche Schutzpflicht des peruanischen Staates, seine Zivilbevölkerung mittels Polizei zu schützen, wird durch die vorliegende Vertragsart ausgehebelt. Die Gewaltenteilung zur Machtbegrenzung wird aufgehoben. Der öffentliche Dienst wird gegen Bezahlung zeitlich privatisiert. Diese enge Zusammenarbeit der Polizei mit dem privaten Sektor führt ausserdem dazu, dass nicht mehr die Öffentlichen Interessen, sondern zunehmend die wirtschaftlich rentableren privaten Interessen des Unternehmens geschützt werden. Die Polizei schützt das Unternehmen zunehmend, wie die Bevölkerung und Provinzregierung in Espinar seit Jahren beklagen.



Abb. 5. Polizeieinsatztruppe vor dem Haupteingang zu Xstrata Tintaya, Dorfgemeinschaft Tintaya Marquiri, Espinar 28/5/2012. Foto: La República.pe

**Beurteilung durch MultiWatch**

MultiWatch hinterfragt vor dem Hintergrund des bestehenden Vertrages zwischen Unternehmen und der Polizei und der Chronologie der Geschehnisse in Espinar das Konfliktmanagement der Geschäftsleitung von Xstrata Tintaya und beschuldigt das Unternehmen der aktiven Komplizenschaft in den stattgefundenen Menschenrechtsverletzungen von letztem Jahr.

Während des eskalierten Konfliktes kam es zu Menschenrechtsverletzungen und Todesopfer, die hätten verhindert werden können, wenn das Unternehmen nach einem umfassenden Sorgfaltsprinzip gehandelt hätte.

Der Fall zeigt beispielhaft auf, dass das Unternehmen seine Sorgfaltspflicht in der Vergangenheit nicht angemessen wahrgenommen hat und lässt die Vermutung zu, dass es aktuell ebenso wenig auf mögliche Konflikte vorbereitet ist.

Am 21. Mai 2013 ist der Jahrestag der Proteste in Espinar und MultiWatch befürchtet aufgrund der nach wie vor bestehenden Konfliktsituation vor Ort neue Unruhen vor den Toren der Kupfermine Xstrata Tintaya. Aufgrund der Vorfälle und der Tatsache, dass formell keine unabhängige Untersuchung zur Prüfung der Geschehnisse im Bergbaucampus eingeleitet wurde, ist MultiWatch der Meinung, dass der Konzern Glencore Xstrata Plc. nicht garantieren kann, dass es in naher Zukunft nicht erneut zu Todesopfern, Misshandlung und Kriminalisierung von Bergbaukritikern kommt.

MultiWatch fordert das Mutterhaus Glencore Xstrata daher auf, sich zu folgenden Punkten zu äussern:

- 1) Was versteht Glencore Xstrata unter Sorgfaltspflicht und welche Konfliktpräventionsmassnahmen werden in Zusammenhang mit dem Projekt Xstrata Tintaya bzw. Xstrata Antapaccay getroffen?
- 2) Mit welchen Mitteln garantiert Glencore Xstrata, dass Tochterunternehmen die Anweisungen des Mutterhauses vollumfänglich umsetzen?
- 3) Wie wird sichergestellt, dass angesichts der Tatsache, dass der öffentliche Sicherheitsdienst beim Unternehmen unter Vertrag steht, der peruanische Staat ungehindert seiner Schutzpflicht nachkommen kann (gemäss Prinzip 11 der UN Guiding Principles on Business and Human Rights, 2011: 13)?

**Weiterführende Links mit Informationen:**

<http://www.multiwatch.ch/de/p97001103.html>

[http://www.swissinfo.ch/spa/sociedad/Accion\\_legal\\_contra\\_filial\\_de\\_Xstrata.html?cid=32679968](http://www.swissinfo.ch/spa/sociedad/Accion_legal_contra_filial_de_Xstrata.html?cid=32679968)

<http://www.drs.ch/www/de/drs/nachrichten/regional/zentralschweiz/337779.peruaner-kritisieren-bergbau-firma-xstrata.html>

<http://www.youtube.com/user/canal5espinar>

<http://www.antiprensa.pe/dialogando-con-espinar/>

## Kontakt

Verein MultiWatch

Postfach

3097 Liebefeld

URL: [www.multiwatch.ch](http://www.multiwatch.ch)

E-Mail: [golda.fuentes@multiwatch](mailto:golda.fuentes@multiwatch) und [info@multiwatch.ch](mailto:info@multiwatch.ch)

Facebook: <https://www.facebook.com/MultiWatch?ref=hl>



## KONTAKT

Golda Fuentes ist seit 2012 Vorstandsmitglied von MultiWatch und aufgrund ihrer Masterarbeit (2011) und ihren Feldbesuchen in Espinar Fachperson in den Themen Unternehmensverantwortung, soziale Konflikte und Menschenrechte in Espinar.

Zuletzt arbeitete Frau Fuentes als Projektverantwortliche der Kampagne No dirty Gold bei der Gesellschaft für bedrohte Völker und verfügt dank ihrer vielen Reisen nach Peru über fundiertes Hintergrundwissen zum sozio-politischen Kontext des Landes.

MULTI  WATCH